

**Ausschuss für Klima-, Umwelt- und
Naturschutz, Stadtentwicklung, Energie**

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 26.05.2023

Niederschrift

der 14. Sitzung des Ausschusses für Klima-, Umwelt-, und Naturschutz,
Stadtentwicklung, Energie und Verkehr
am Dienstag, dem 16.05.2023,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:00 - 21:40 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Moritz Florian Jäger

Herr Fabian Mirol-Stroh Ausschussvorsitzender

Frau Jana Widdig

Frau Vera Strobel

(in Vertretung für Stv. M. Zörb)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Frederik Bouffier

Frau Anja Verena Helmchen

Frau Kathrin Schmidt

(in Vertretung für Stv. Oswald)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Marianne Beukemann

(ab 19:02 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Michael Borke

Frau Stefanie Kraft

(in Vertretung für Stv. Mansoori)

Stadtverordnete der Gigg+Volt-Fraktion:

Herr Lutz Hiestermann

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Stefan Klaus Häbich

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Manuela Giorgis

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Andreas Lenzer

Außerdem:

Frau Christiane Janetzky-Klein	Fraktion Bd'90/GR	
Herr Zeynal Sahin	SPD-Fraktion	(bis 19:15 Uhr)
Frau Christine Wagener	CDU-Fraktion	(bis 18:40 Uhr)
Herrn Finn Becker	Fraktion Gigg+Volt	
Herr Johannes Rippl	Fraktion Gigg+Volt	
Herr Maximilian Würtz	Fraktion Gigg+Volt	(bis 20:17 Uhr)
Herr Günter Helmchen	FW-Fraktion	

Vom Magistrat:

Herr Frank-Tilo Becher	Oberbürgermeister	(ab 18:50 Uhr bis 20:17 Uhr)
Herr Alexander Wright	Bürgermeister	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Stadträtin	(ab 18:45 Uhr)
Herr Heiner Geißler	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Dr. Holger Hölscher	Leiter des Stadtplanungsamtes	(ab 18:54 Uhr bis 20:15 Uhr)
Herr Stephan Henrich	Stadtplanungsamt	(ab 18:15 Uhr bis 20:15 Uhr)
Herr Holger Hedrich	Ordnungsamt - Straßenverkehrsabteilung -	(bis 20:09 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Herr Ehab Ruman

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Michel Zörb	Fraktion Bd'90/GR
Herr Kamyar Mansoori	SPD-Fraktion
Herr Michael Oswald	CDU-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Aktueller Sachstand Verkehrsversuch Anlagenring;
hier Bericht des Magistrats
2. Zwischenstand Neugestaltung Brandplatz und Schlossgasse;
hier: Bericht des Magistrats
3. Aufstellung eines Bebauungsplanes WI 06/11 STV/1459/2023
"Sportzentrum Wieseck am Ried";
hier: Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 02.05.2023 -
4. Konzept Urban Gardening STV/1383/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 07.03.2023 -
5. Einrichtung von Seniorenparkplätzen STV/1474/2023
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.05.2023 -
6. Dokumentation der geplanten Straßentiefbauarbeiten in STV/1479/2023
Gießen durch das Tiefbauamt
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -
7. Änderung der Struktur des Klimaberichts STV/1481/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -
8. Bericht aus der Regionalversammlung STV/1482/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -
9. Entsiegelungskonzept STV/1483/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -
10. Kataster der gefälltten Bäume STV/1485/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -
11. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Aktueller Sachstand Verkehrsversuch Anlagenring;
hier Bericht des Magistrats**
-

Bürgermeister Wright und **Herr Hedrich** (Ordnungsamt – Straßenverkehrsabteilung) stellen den aktuellen Sachstand anhand einer PowerPoint Präsentation (ist der Niederschrift als Anlage beigefügt) vor.

Die in der Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Wagener, Lenzer, Hiestermann, F. Bouffier, K. Schmidt, Becker und Dr. Jäger beteiligen, gestellten Nachfragen werden durch Bürgermeister Wright beantwortet.

Auf Antrag des **Stv. F. Bouffier**, CDU-Fraktion, wird die nachstehende Antwort des Bürgermeisters Wright wörtlich protokolliert:

„Der Verkehrsversuch dauert 1 Jahr, einfach weil wir auch alle Jahreszeiten und ich sag mal alle Effekte, die so eine Stadt hat, mit abbilden wollen. Es fängt an mit Semesterferien aber genauso auch mit Semesterbeginn, Weihnachten, dann auch die Spitzen im Frühjahr, die wir hier auch haben in Bezug auf Einkaufsstadt. Also da gibt es ja ganz verschiedene Effekte, Schulbeginn, Schulende, das sind alles so Sachen, d. h. er wird 1 Jahr laufen und nach dem Jahr wird es auch entsprechend eine Auswertung geben und die würden wir Ihnen entsprechend vorlegen und dann kann darüber beschlossen werden. Muss ja schon klar sein, dass wir quasi oder die Stadt das will, bevor man zum RP geht, um dann entsprechend das zu fragen, d. h. erst wird es einen Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung geben und dann werden wir das beim RP beantragen. Diese Übergangsphase müssen wir dann entsprechend auch mit dem RP besprechen, weil das heißt dann ja auch de facto erst mal eine Verlängerung des Verkehrsversuchs. Also, der geht ja 1 Jahr, man kann ihn dann noch um 1 Jahr verlängern, das ist möglich, dass er in Summe 2 Jahre geht. Nach 1 Jahr können wir seriös eine Auswertung machen, dann würden wir das der Stadtverordnetenversammlung geben, die Stadtverordnetenversammlung kann dann entsprechend beschließen was sie meint, was richtig ist und dann würden wir, wenn es zu einer Verstetigung kommt, dann zum RP gehen und da hat der RP das letzte Wort.“

2. Zwischenstand Neugestaltung Brandplatz und Schlossgasse; hier: Bericht des Magistrats

Herr Henrich (Stadtplanungsamt) stellt anhand einer PowerPoint Präsentation (ist der Niederschrift als Anlage beigefügt) den Zwischenstand für die Neugestaltung Brandplatz und Schlossgasse vor.

Die in der Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Hiestermann, F. Bouffier, K. Schmidt, Widdig, Dr. Jäger und Biemer beteiligen, gestellten Nachfragen werden durch Herrn Henrich und Stadträtin Weigel-Greilich beantwortet.

3. Aufstellung eines Bebauungsplanes WI 06/11 STV/1459/2023 "Sportzentrum Wieseck am Ried"; hier: Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens - Antrag des Magistrats vom 02.05.2023 -

Antrag:

„1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.“

2. Planungsziel und Grundlage für die Festsetzungen des Bebauungsplanes ist das mit der TSG Wieseck vorabgestimmte und in der Anlage 2 dargestellte Ausbaukonzept.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird im Vollverfahren mit Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Stadträtin Weigel-Greilich stellt kurz die Magistratsvorlage vor und begründet sie.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Dr. Jäger, Hiestermann, F. Bouffier sowie Stadträtin Weigel-Greilich und Oberbürgermeister Becher.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4. **Konzept Urban Gardening** **STV/1383/2023** **- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 07.03.2023 -**

Antrag:

„Der Magistrat legt bis Ende des Jahres 2023 ein Konzept zur Ausweitung des Urban Gardening in Gießen vor. Dieses Konzept umfasst

- einen Überblick über öffentliche Flächen, die in Gießen für Urban Gardening genutzt werden können,
- ein Konzept dafür, wie die Stadt diese Flächen für die Nutzung vorbereitet und ausstattet und wie die Rahmenbedingungen für eine Nutzung aussehen,
- Ansätze, wie die Gießener Hochschulen und bestehende Vereine, Initiativen sowie Unternehmen wie die Wohnbau in das Konzept integriert werden können
- sowie Informationen darüber, an welche Stellen bzw. Ansprechpartner/-innen in der Verwaltung sich die Bürger/-innen, aber auch Unternehmen, Vereine etc. wenden können, wenn sie sich an entsprechenden Projekten beteiligen möchten.“

Begründung:

Die u. a. durch die Corona-Pandemie, aber ebenso durch den Russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelösten Probleme in Bezug auf internationale Lieferketten auch bei verschiedenen Nahrungsmitteln haben vor Augen geführt, dass die regionale und lokale (Teil-)Versorgung urbaner Bevölkerungen mit Lebensmitteln in Zukunft deutlich an Bedeutung gewinnen wird.

Darüber hinaus stellt Urban Gardening einen interessanten Ansatz zur Reduzierung von Anlieferverkehren und damit zur Verringerung von CO₂-Emissionen dar und bietet gerade in Gießen mit seinen starken Agrar- und Ökophologie-Fakultäten hervorragende Möglichkeiten für eine Vernetzung von Wissenschaft und Stadtgesellschaft. Zudem kann durch Urban Gardening die Einwohnerbeteiligung praktiziert werden und zu einer verbesserten Identifikation der Bürger/-innen mit ihrer Stadt bzw. ihrem Stadtteil beitragen. Der Magistrat soll daher die inhaltlichen Vorarbeiten leisten, um möglichst bereits 2024 mit entsprechenden Aktivitäten starten zu können.

Beratungsergebnis: Wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

5. **Einrichtung von Seniorenparkplätzen**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.05.2023 -

STV/1474/2023

Antrag:

- „1. Die Straßenverkehrsbehörde wird aufgefordert, im inneren Anlagenring mindestens 10 Flächen, davon insbesondere am Brandplatz mindestens 5 Flächen dem ‚Seniorenparken‘ vorzuhalten.
2. Hinsichtlich des Konzepts des ‚Seniorenparkens‘ soll sich an der Stadt Lübbecke orientiert werden.“

Begründung:

Angesichts des geplanten Verkehrsversuches in der Gießener Innenstadt und der weiterhin stark zunehmenden Anzahl an wegfallenden Parkplätzen muss die Stadt Gießen auch für Seniorinnen und Senioren attraktiv bleiben.

Für viele Seniorinnen und Senioren sind Parkhäuser keine taugliche Alternative – sie scheuen die engen, dunklen Parkmöglichkeiten vielmehr. Um aber den Senioren auch in Zukunft genügend Parkplätze in der Gießener Innenstadt, insbesondere für Arztbesuche, zu ermöglichen, soll die Stadt Gießen einen Teil der bestehenden Parkplätze, auch die des sog. Anwohnerparkens, als „Seniorenparkflächen“ ausweisen.

Der CDU-Fraktion ist zwar bewusst, dass solche Seniorenparkplätze rechtlich nicht durchgesetzt werden, weil die StVO solche nicht kennt. Auch hinsichtlich des Alters ist auf den gesunden Menschenverstand zu setzen. Die CDU-Fraktion stimmt es aber positiv, dass auf Initiative einiger Seniorenbeiräte bereits verschiedene Städte in der Bundesrepublik solche Seniorenparkplätze eingeführt haben und es sich dort zeigt, dass der „gute Wille“ der Bevölkerung funktioniert. Dabei soll die Stadt Lübbecke in Ostwestfalen als Vorbild dienen: Dort wurden Schilder mit der Aufschrift „Seniorenparkplatz – Bitte nehmen Sie Rücksicht“ mit einer bildlichen Unterstützung von einem Pärchen, das Gehstöcke benutzt, angebracht – mit Erfolg.

Im Laufe der Diskussion, an der sich die Stadtverordneten F. Bouffier, Biemer, Becker und Lenzer sowie Bürgermeister Wright beteiligen, regt **Stv. Widdig** (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) an, **den Antrag wie folgt zu ändern:**

„Der Magistrat wird beauftragt hinsichtlich der Einrichtung von Seniorenparkplätzen mit dem Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde Kontakt zu suchen, um zu eruieren, ob deren Einrichtung mit Orientierung an der Stadt Lübbecke im Stadtgebiet innerhalb des Anlagenrings im Rahmen eines Verkehrsversuches möglich ist.“

Die CDU-Fraktion übernimmt die vorgeschlagene Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

6. Dokumentation der geplanten Straßentiefbauarbeiten in Gießen durch das Tiefbauamt **STV/1479/2023**
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -

Antrag:

„Der Magistrat legt gegenüber der Stadtverordnetenversammlung in der Julisitzung jedes Jahres dar, in welchen Straßen im darauf folgenden Jahr Tiefbauarbeiten durchgeführt werden sollen.“

Begründung

Bei der aktuellen Sanierung der Ludwigstraße oder der Wetzlarer Straße in Kleinlinden wurde deutlich, dass es für die Stadtverordnetenversammlung keine Option mehr gab, die bevorstehende Sanierung als Möglichkeit zur Ausweitung des vorhandenen Fernwärmenetzes zu nutzen. Dies ist umso bedauerlicher, als eine klimaneutrale Wärmeerzeugung in Gießen ohne eine deutlich erweiterte Fernwärmenutzung bis 2035 nicht denkbar erscheint.

Umso wichtiger ist es daher, dass die Stadtverordneten frühzeitig über die Planungen des Tiefbauamtes informiert werden, um so ggf. Maßnahmen zu einem kombinierten Ausbau des Fernwärmenetzes zu beantragen.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Hiestermann, Rippl, Borke und Biemer sowie Stadträtin Weigel-Greilich und Bürgermeister Wright.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: G+V, CDU; Nein: GR, SPD, LINKE, AfD, StE: FDP, FW).

7. Änderung der Struktur des Klimaberichts **STV/1481/2023**
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -

Antrag:

„Der Magistrat stellt sicher, dass der Klimabericht für das Jahr 2023 und die Folgejahre modifiziert wird. Im Fokus des Berichts stehen die konkreten im Berichtszeitraum getroffenen Entscheidungen auf städtischer Ebene und deren Auswirkungen auf die Klimabilanz der Stadt Gießen. Die entsprechenden Entscheidungen werden nach den Themenfeldern Verkehr, Wärme, Strom sowie Sonstiges strukturiert. Zudem erhält der Bericht

- eine Revision der Feststellungen der früheren Klimaberichte und reflektiert, inwieweit sich in diesen getroffene Aussagen und Annahmen als korrekt oder falsch erwiesen haben,
- und berichtet darüber, welche konkreten Effekte auf die Erreichung der Klimaneutralität die Arbeit im Klimabeirat der Stadt Gießen im Berichtszeitraum hatte.

Darüber hinaus erhält der Bericht einen Anhang mit tabellarischen Auflistungen der wesentlichen im Bericht grafisch dargestellten Werte v. a. zu den BSKO-Basisbilanzen,

um so die Transparenz der Berichterstattung zu erhöhen.“

Beratungsergebnis: Wird von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt.

**8. Bericht aus der Regionalversammlung STV/1482/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -**

Antrag:

„Der Magistrat berichtet im Vorfeld und im Nachgang zu jeder Sitzung der Regionalversammlung von den die Stadt Gießen betreffenden Tagesordnungspunkten derselben im KUNSEV-Ausschuss.

Die Stellungnahmen der Fachämter der Stadt Gießen im Zusammenhang mit der Neuauflistung des Regionalplans werden den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben.“

Begründung:

In der Regionalversammlung als Bindeglied zwischen Landes- und Kommunalebene werden wichtige planerische Entscheidungen getroffen, die Relevanz für die Stadt Gießen haben.

Da nicht alle Fraktionen der Gießener Stadtverordnetenversammlung in der Regionalversammlung vertreten sind, sollte es eigentlich Usus sein, dass das Parlament regelmäßig von den Vertreter/-innen der Stadt in der Regionalversammlung über die die Stadt Gießen betreffenden Beschlüsse informiert wird.

Beratungsergebnis:

Eine Abstimmung erfolgt nicht, diese wird bis zur Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

**9. Entsiegelungskonzept STV/1483/2023
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -**

Antrag:

„Der Magistrat erstellt bis Ende des Jahres ein Entsiegelungskonzept für die Stadt Gießen.

Das Konzept enthält zunächst eine Dokumentation der Flächen, auf die die Stadt Gießen direkt oder indirekt Zugriff hat und die entsiegelt werden können (inkl. Schulhöfe).

Darüber hinaus ist es Bestandteil des Konzepts, eine Prioritätenliste inkl. einer Zeitplanung für Entsiegelungsmaßnahmen zu erstellen, die kontinuierlich aktualisiert wird. Die zur Anwendung kommenden Priorisierungskriterien sind ebenfalls zu entwickeln und zu dokumentieren.

Der Magistrat wird zudem beauftragt, jährlich im KUNSEV-Ausschuss über den Stand und die Entwicklung bei der Flächenversiegelung und -entsiegelung im Stadtgebiet und über konkrete Entsiegelungsmaßnahmen der Stadt Gießen zu berichten.“

Begründung:

Die möglichst weitgehende Entsiegelung und anschließende Begrünung versiegelter Flächen stellt eine wichtige Komponente der Klimafolgenanpassungsstrategie in urbanen Gebieten dar, um

- die Versickerung von Niederschlagswasser zu verbessern,
- die Aufheizung innerstädtischer Flächen zu verhindern
- und die Luftqualität in der Stadt zu verbessern.

Aus diesen Gründen hat auch die Gießener grün-rot-rote Koalition dieses Thema in ihrem Vertrag aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten, ein Entsiegelungskonzept zu erarbeiten. Mit diesem Konzept sollen zunächst die Flächen, die im Einflussbereich der Stadt stehenden Flächen identifiziert werden, die entsiegelt werden können. Diese werden dann mit Prioritäten verknüpft, so dass klar nachvollziehbar ist, welche Flächen in welchem Zeitraum entsiegelt werden sollen.

Die Vorhaben zur Entsiegelung bieten eine hervorragende Gelegenheit, die Gießener/-innen an der Neugestaltung der Flächen zu beteiligen. Daher ist es wichtig, dass im Kontext des Entsiegelungskonzepts eine ausführliche Öffentlichkeitsarbeit stattfindet. Die Möglichkeiten zur Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen durch Bund und Land sind zu prüfen. Bestandteil des Konzepts sollte weiterhin sein, ein geeignetes Informationsangebot für Eigentümer/-innen privater versiegelter Flächen über zur Verfügung stehende Förderungen des Bundes, des Landes und der Kommune bei der Entsiegelung aufzubauen.

Im Laufe der Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Hiestermann, Janetzky-Klein, Biemer, Lenzer, Stadträtin Weigel-Greulich und Bürgermeister Wright beteiligen, regt Stv. Dr. Jäger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) an, **den Antrag wie folgt zu ändern:**

„Der Magistrat wird beauftragt ein Entsiegelungskonzept für die Stadt Gießen zu erstellen.

Der Magistrat wird aufgefordert, die hierfür notwendigen personellen Ressourcen einzurichten.“

Die nachstehende Aussage des Bürgermeisters Wright wird auf Antrag des Stv. Bouffier (CDU-Fraktion) **wörtlich protokolliert:**

„Ja, das mag jetzt ein bisschen komisch kommen, aber nach der Beratung hier im Ausschuss und jetzt auch noch mal dem Beitrag von Herrn Lenzer, würde ich, wenn ich im Ausschuss sitze, auch nicht dem Koalitionsantrag zustimmen, weil eigentlich hat der Magistrat, auch jetzt in der Diskussion dargelegt, was wir machen. Wollte ich jetzt noch mal so in den Raum werfen und dann vielleicht auch noch mal eine Sitzungsunterbrechung vorschlagen.“

Auf Antrag der **Stv. Strobel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, **wird die Sitzung von 21:22 Uhr – 21:33 Uhr für eine Beratungspause unterbrochen.**

Auf Antrag des **Stv. Hiestermann** werden die nachstehenden Ausführungen

wörtlich protokolliert.

Stv. Hiestermann, Fraktion Gigg+Volt: „Frau Weigel-Greilich, habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass die Stadt Gießen keine Maßnahmen zur Entsiegelung ergreift nur – in Anführungszeichen – zum Entsiegeln? Entsiegeln findet in der Stadt Gießen nur statt, wenn die Fläche ohnehin angepasst wird. Das haben Sie eben gesagt, oder habe ich Sie da falsch verstanden?“

Stadträtin Weigel-Greilich: „Ja, oder dann in Kombination wie beim Brandplatz eine Gesamtplanung stattfindet.“

Des Weiteren stellt **Herr Hiestermann** den Antrag bis zur Stadtverordnetensitzung zurück, da es noch internen Beratungsbedarf gibt.

Beratungsergebnis:

Eine Abstimmung erfolgt nicht, diese wird bis zur Stadtverordnetensitzung zurückgestellt.

**10. Kataster der gefälltten Bäume
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 08.05.2023 -**

STV/1485/2023

Antrag:

„Der Magistrat stellt jährlich nach Abschluss der Fällperiode im KUNSEV-Ausschuss einen Bericht vor, in dessen Rahmen dokumentiert wird,

- wie viele Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm (gemessen in einem Meter Höhe) auf dem Stadtgebiet der Stadt Gießen in der Fällperiode gefällt wurden
- und wie viele entsprechende Bäume in der nächsten Fällperiode voraussichtlich gefällt werden sollen (aufgrund von städtischen oder privaten Planungen).

Darüber hinaus bietet der Bericht dem Magistrat die Möglichkeit, darüber zu berichten, welche konkreten Maßnahmen zum Baumschutz er in den vergangenen 12 Monaten getroffen hat bzw. welche er für die kommenden 12 Monate plant.“

Begründung:

Bäume produzieren lebensnotwendigen Sauerstoff, verbessern das Klima, filtern Staub und Schadstoffe und sorgen für Luftfeuchtigkeit und -bewegung. Sie bieten Lebensraum für die unterschiedlichsten Tiere, beleben und gliedern das Stadt- beziehungsweise Ortsbild und dämpfen Lärm. Damit Bäume erhalten bleiben sind sie – vor allem in stark besiedelten Räumen – besonders geschützt. Bäume haben daher für das Binnenklima, für die Ökologie und im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Klimafolgen einen nicht zu überschätzenden Wert.

Immer wieder wurden und werden in Gießen jedoch großkronige, ortsbildprägende und identitätsstiftende Bäume gefällt, u. a. weil Gießen keine Baumschutzsatzung hat, die das Fällen verhindern könnte.

Um zu verstehen, wie viele Bäume Gießen jedes Jahr verliert, ist daher eine jährliche Dokumentation der Verluste ein wichtiger Weg zu mehr Transparenz in diesem

wichtigen Thema.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Hiestermann, Biemer und Stadträtin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: G+V; Nein: GR, CDU, SPD, LINKE, FDP, AfD, FW).

11. Verschiedenes

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung am Dienstag, **27.06.2023, 19:00 Uhr**, stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) M I r o l d - S t r o h

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e